

# PLENUM AKTUELL

13. – 15. September 2011

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Studentenansturm auf Hochschulen

### CDU/FDP:

Trotz eines rekordverdächtigen Studentenandrangs will die Landesregierung kein zusätzliches Geld für Hessens Hochschulen ausgeben.

Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann (CDU) lehnte in der Plenardebatte erhöhte Mittel ab. Sie verwies auf den Hochschulpakt, der mit den Unis geschlossen wurde und die Finanzmittel für fünf Jahre festschreibe.

Neue Höchstzahlen von Studierenden werden auch von der Landesregierung nicht ausgeschlossen, da bereits im Vorjahr die Zahl der Erstsemester um 5% stieg und damit in Hessen ein Rekordstand von 196.000 Studentinnen und Studenten erreicht wurde. Damit ist die Zahl der Studierenden seit 2007/2008 in nur drei Jahren um 45.000 angestiegen.

Die Wissenschaftsministerin rechnet nach einem Anstieg bis zum Jahr 2013 wieder mit einem Rückgang der Studentenzahlen, was aber von den Oppositionsparteien bezweifelt wird.

### SPD:

Die SPD fordert ein Notprogramm für die Hochschulen, um dem Studentenandrang gerecht zu werden. Angesichts der stark steigenden Studierendenzahlen sehen wir die derzeitige Hochschulfinanzierung als unzureichend an. Der Anstieg wurde durch die doppelten Abiturjahrgänge (ausgelöst durch die Einführung von G8 durch CDU und FDP!) sowie die Abschaffung der Wehrpflicht verursacht und darf aus unserer Sicht nicht auf dem Rücken der Unis ausgetragen werden.

Auf die exorbitant gestiegenen Studierendenzahlen muss dringend mit zusätzlichen Mitteln reagiert werden. Die Hochschulen müssen kurzfristig in die Lage versetzt werden, zusätzliches Personal einzustellen und Räumlichkeiten anmieten zu können. Alles andere führt zu einem Absinken der Studienqualität an den Hochschulen, was wir nicht wollen.

Die SPD zollt den Hochschulen Respekt, die heute schon mit allen Mitteln und Wegen versuchen, dem Studentenansturm gerecht zu werden. Dennoch dürfen die Unis nicht mit diesem Problem allein gelassen werden. Für die Doppel-Abiturjahrgänge und den daraus resultierenden Studentenandrang zeichnet einzig und allein die Landesregierung verantwortlich, und sie muss deshalb auch auf die Folgewirkungen reagieren.

Die SPD fordert daher die Bereitstellung eines Notprogramms in Höhe von 25 Mio. Euro, um allen jungen Menschen einen qualifizierten Studienplatz zur Verfügung zu stellen.

## Schwarzer Filz in der Landesregierung

Der Verdacht auf schwarzen Filz in der Landesregierung erhärtet sich. Den durch einen öffentlich gewordenen E-Mail-Verkehr aufgekommenen Vorwurf der Vetternwirtschaft konnte die Landesregierung nicht ausräumen. Sowohl Regierungssprecher Bußer als auch der amtierende Ministerpräsident und frühere Innenminister Bouffier hatten sich zugunsten eines CDU-Mitglieds in ein laufendes Vergabeverfahren eingeschaltet. Es ging um Technologie-Aufträge im Rahmen der Digitalfunk-Einführung.

Ein Vergabevermerk, der die Entscheidung im Vergabeverfahren dokumentiert, wurde dem damaligen Innenminister Bouffier zur Abstimmung vorgelegt. Der Begünstigte war „zufällig“ ein CDU-Parteifreund, der auf Vorschlag des aus dem gleichen Wohnort stammenden Regierungssprechers zum Zuge kam. Es geht bei dem Fall um Aufträge im Wert von über 300.000 €, die ohne Ausschreibung an den CDU-Mann vergeben wurden.

Wir kritisieren, dass bis heute niemand die Verantwortung für den Fall übernommen hat. Eine solche Vetternwirtschaft beim Aufbau des Digitalfunks, der eigentlich schon zur WM 2006 flächendeckend eingeführt werden sollte, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

## 2012 erneut ein verfassungswidriger Haushalt?

### CDU / FDP:

Finanzminister Dr. Schäfer vertritt die Auffassung, dass die Nettokreditaufnahme im Haushalt 2012 innerhalb der Regelgrenze der Verfassung gehalten wird.

Der Haushaltsentwurf sieht vor, dass 1,53 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden sollen. Obwohl das Land derzeit mehr Steuern einnimmt als erwartet, sind laut Finanzminister 1,5 Milliarden Euro Schulden unumgänglich.

Gut für CDU und FDP, dass die Schuldenbremse erst ab 2020 greifen soll!!!

Die Landesregierung erhöht die Ausgaben um 3,2 Prozent und macht trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen neue Schulden. Die Zielvorgabe eine Neuverschuldung von Null zu erreichen, ist damit in weite Ferne gerückt.

Dennoch soll es auch Einsparungen geben, beispielsweise im Bildungsbereich in Höhe von 67 Mio. €. Das Kultusministerium beabsichtigt im kommenden Jahr 1.000 Referendare weniger einzustellen und 150 Ausbilderstellen einzusparen.

Die Kommunen werden erneut durch Zuschläge zum Zinsdienst und zur Kompensationsumlage belastet, nachdem erst im letzten Jahr dem kommunalen Finanzausgleich 350 Mio. € entzogen wurden.

### SPD:

Der eingebrachte Haushaltsentwurf 2012 ist aus Sicht der SPD verfassungswidrig. Die Hessische Verfassung schreibt vor, dass die Neuverschuldung des Landes nicht höher als die Summe der Investitionen ausfallen darf. Der Finanzminister hat aus unserer Sicht die Verfassungsgrenze für die Neuverschuldung um 500 Mio. € überschritten, da er ungerechtfertigter Weise die Finanzierungsanteile der Kommunen zu den Landesinvestitionen hinzu gerechnet hat und sich so eine höhere Neuverschuldung genehmigen will.

Wir kritisieren die hohe Neuverschuldung trotz günstigster Rahmenbedingungen und einem Steuerhoch von 14,9 Milliarden €.

Zudem bricht der Finanzminister seine eigene Zielvorgabe, die noch vor kurzem eine Ausgabensteigerung von 0,2 Prozent vorsah. Im jetzigen Entwurf steigen die Ausgaben aber mit ca. 3,2 Prozent um ein Vielfaches.

Völlig unverständlich ist für uns, dass man die Axt erneut bei der Bildung anlegt. Die versprochene 105%ige Lehrerversorgung ist mit der Streichung von 1.000 Referendarstellen in weite Ferne gerückt - ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik in Hessen.

Auch die beabsichtigte Kürzung von 20 Mio. € bei den Nah-Verkehrsverbänden stellt einen weiteren Affront gegen die Kommunen dar.

## Lohndumping ignoriert – Tariftreue abgelehnt!

Bereits acht Bundesländer haben europarechtskonforme Tariftreueregelungen, doch Hessen droht im Bereich Tariftreue und Mindestlohnregelung bundesdeutsches Schlusslicht zu werden. Die Novellierung des Hessischen Mittelstandsförderungsgesetzes aus dem Jahr 1974 ist lange überfällig. Die SPD hat mit ihrem Gesetzentwurf eine hervorragende Novellierung vorgelegt, die leider von den Mehrheitsfraktionen in dritter Lesung abgelehnt wurde.

Unsere Forderung nach Tariftreueregelungen und einem Mindestlohn von 8,50 Euro bei der Vergabe öffentlicher Aufträge - zentrales Anliegen zur nachhaltigen Verhinderung von Lohndumping und zur Sicherung des fairen Wettbewerbs - fand keine Mehrheit, obwohl derzeit mehr als 21% der hessischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor arbeiten. Ein Drittel davon sind Frauen.

Durch unser Vergabegesetz sollten u. a. die kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentlich bezahlen, die sich um die Erstausbildung junger Menschen und die Chancengleichheit von Frauen und Männern kümmern.